

Besetzer-Szene unter Beschuss

Die Stadt Bern muss dafür sorgen, dass ein besetzter Platz im Bremgartenwald geräumt wird. Abgelehnt hat das Stadtparlament am Donnerstag indes die Forderung, das besetzte Haus an der Könizstrasse umgehend polizeilich räumen zu lassen.

Die Forderung nach einer polizeilichen Räumung der Liegenschaft an der Könizstrasse und des Grillplatzes der Burgergemeinde Bern im Bremgartenwald wurden von Hans Peter Aeberhard (FDP) gestellt. Die Anwohner litten unter dauernden Nachtruhestörungen und Umweltverschmutzung und fühlten sich nicht mehr sicher.

Randständige halten das Haus an der Könizstrasse 131 seit rund drei Jahren besetzt. An der überdachten Grillstelle der Burgergemeinde Bern am Eingang des Bremgartenwaldes hat sich die Besetzerszene ebenfalls mehr oder weniger dauerhaft eingenistet.

Keine Räumungsanträge der Eigentümer

Polizeidirektor Stephan Hügli lehnte die Räumungsforderung im Namen des Gemeinderats für beide Standorte ab. In beiden Fällen handle es sich um private Grundstücke. Von den privaten Eigentümern lägen keine Räumungsanträge vor. Solche seien indes nötig, damit die Polizei einschreiten könne.

Für das Haus an der Könizstrasse liege überdies ein Zwischennutzungsvertrag zwischen Benützern und Eigentümer vor. Solange keine gültige Abbruchbewilligung vorliege, seien der Stadt die Hände ohnehin gebunden. Zusätzliche Polizeipatrouillen seien aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt nicht möglich, so Hügli. Die Eigentümer würden indes aufgefordert, namentlich die Abfallberge auf ihrem Gelände entsorgen zu lassen.

Kapitulation des Gemeinderats

Die Antwort des Gemeinderats sei eine Kapitulation, sagte Aeberhard. Die Stadtregierung habe sehr wohl genügend gesetzliche Grundlagen, um zu handeln. «Dauerstörer», egal aus welcher Ecke, müssten entfernt werden. Die SVP warf der Regierung vor, die durchaus vorhandenen Instrumente gegen die Auswüchse von Besetzungen aus politischen Gründen nicht anzuwenden.

Legaler Aufenthalt

Der Stadt seien die Hände gebunden. Sie könne die privaten Eigentümer lediglich auffordern, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, stellte sich **Corinne Mathieu (SP)** hinter die Haltung der Stadtregierung. Der Aufenthalt dieser Leute sei legal, sagte der Grüne Daniele Jenni. Schliesslich hiess der Rat das dringliche Postulat, welches die Räumung des Grillplatzes im Bremgartenwald verlangt, mit 36 zu 32 Stimmen gut, jenes für das Haus an der Könizstrasse lehnte er indes dank Unterstützung der GFL/EVP-Fraktion mit 42 zu 26 Stimmen ab.